



## Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0111/2024

Vorlage: <b>ST/0096/2024</b>		Datum: 08.10.2024	
<b>Dezernat 1</b>			
Verfasser:	20-Kämmerei und Steueramt		Az.:
<b>Betreff:</b>			
<b>Stellungnahme zum Antrag der CDU-Ratsfraktion: Anwendung des kommunalen Haushaltsrechts im Rahmen der Auswirkungen der Flüchtlingskrise</b>			
Gremienweg:			
10.10.2024	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	ohne BE abgesetzt geändert

### Stellungnahme:

Aktuell hat die Landesregierung RP mit Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2025/ 2026 bereits angekündigt, dass im Rahmen einer Reform des Landesaufnahmegesetzes die Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen für die Fluchtaufnahme neu sortiert werden sollen. Die Reform soll zu einer Vereinfachung und Beschleunigung des Abrechnungswesens durch kopfbezogene Einmalpauschalen führen. Daraus folgen Entlastungen für Land und Kommunen und Resilienz auch bei migrationstypischen Zugangsspitzen. Zudem werden die Mittelabflüsse verbessert und die kommunale Liquidität verstärkt gesichert. Die Auswirkungen auf die Stadt Koblenz können derzeit jedoch noch nicht beziffert werden; es muss zunächst der Gesetzentwurf abgewartet werden. Sobald der Verwaltung hierzu nähere Informationen vorliegen, wird der Stadtrat hierüber umgehend informiert.

Da der Antrag auf haushaltsrechtliche Aspekte abzielt, bietet sich eine Befassung anlässlich der Etatberatungen zum Entwurf des Haushaltes 2025 in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18./19.11.2024 an. Eventuell kann bis zu diesem Zeitpunkt ein Austausch mit dem Land zu dieser Thematik erfolgen und sodann hierzu berichtet werden.

### Finanzielle Auswirkungen:

Keine

### Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat verweist den Antrag zur weiteren Beratung in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18./19.11.2024 (Etatberatungen zum Entwurf des Haushaltes 2025).